

Pendelst Du noch oder wohnst Du schon hier?

Das Schwarze Brett im AIS sagt alles: ca. 30 Wohnungen wurden im September noch gesucht.

Die für uns so erfreulichen Zugänge beim Finanzamt München sind für „die Neuen“ unter Umständen ein hartes Stück Brot. Die Mieten sind im Ballungsraum in Relation zum Gehaltsniveau im öffentlichen Dienst bestürzend

hoch. Jede/r ist froh, überhaupt eine Wohnung oder Unterkunft zu ergattern, die eine einigermaßen vernünftige Anbindung an den Arbeitsplatz ermöglicht. Von einer Auswahl im eigentlichen Sinne kann ohnehin keine Rede sein.

Hier hilft zumindest der Bezirkspersonalrat München bei der Vermittlung von Wohnungen auf dem umkämpften

Münchner Mietmarkt.

Die Engpässe am Wohnungsmarkt sind nicht neu und Grund genug, auf verschiedenen Ebenen verstärkt tätig zu werden. Bereits letztes Jahr haben wir eine Anfrage über die Personalvertretung gestartet. Dem folgte ein Gespräch im Landtag mit dem Ausschuss für

Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes. Unser Fragenkatalog war lang und es wurde dazu ausführlich schriftlich Stellung genommen.*)

Auf Basis der vorgelegten Zahlen wurde

schnell klar, dass mit einer kurzfristigen Lösung leider nicht gerechnet werden kann:

Der Freistaat verfügt über 10.000 geförderte Wohnungen (sog.

Staatsbedienstetenwohnungen).

Eine „Versorgung“ der Beschäftigten mit „Stadi-Wohnungen“ ist bei insgesamt 80.000

Beschäftigten schlicht unmöglich. Vielmehr wird versucht, dem jeweils

drängendsten Bedarf gerecht zu werden.



Wolfgang Untergehrer

Angelica Dullinger

*) Die ausführliche Antwort des Ministeriums für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Von der ver.di-Gruppe haben Wolfgang Untergehrer und Angelica Dullinger die Wohnungsfürsorgestelle aufgesucht, um einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Wir berichten darüber im nächsten Wecker.

Weitere Informationen:

www.bit.ly/bezahlbares_wohnen

Deutschland-Plan für bezahlbares Wohnen, entwickelt von sieben Organisationen und Verbänden, unter anderem der IG BAU

„Was ist so schlecht am Mieten?“

Der Architekt Andreas Hild ist einer, der den Traum vom Eigenheim im Grünen für einen demografischen und ökologischen Albtraum hält. „Die älter werdende Gesellschaft muss sich notwendigerweise aus der Fläche zurückziehen, weil die Infrastruktur zu teuer wird. Abgesehen von der Pendelei und der energetischen Ineffizienz kleiner, freistehender Häuser. Nur eine Stadt der kurzen Wege ist eine nachhaltige Stadt“, so der

München wächst wie keine andere Großstadt in Deutschland. Der neue Oberbürgermeister Dieter Reiter sieht es als dringlichste Aufgabe der Stadt an, weiterhin Wohnraum zu bezahlbaren Mieten zu schaffen.

Die SPD im Rathaus hat schon vor 20 Jahren das größte kommunale Wohnungsbauprogramm in ganz Deutschland mit mittlerweile 800 Millionen Euro in 5 Jahren auf den Weg gebracht. Der Schwerpunkt liegt dabei neben dem klassisch geförderten Wohnungsbau gerade auch auf der Förderung von Genossenschaften, Baugemeinschaften und dem Bau von mietpreisgebundenen Wohnungen für Durchschnittsverdiener/innen.

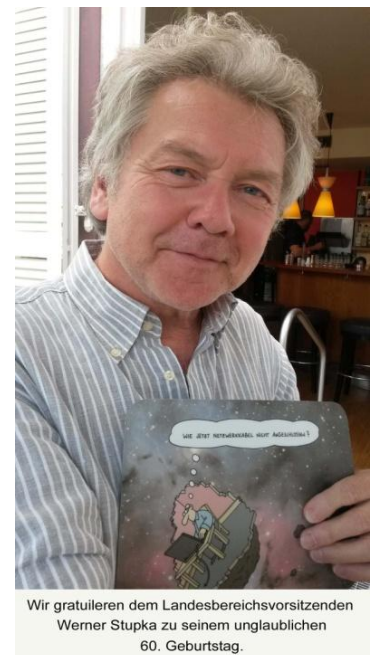
Auf Bundesebene wurde von der SPD die Mietpreisbremse durchgesetzt.

Sie besagt, dass auf angespannten Wohnungsmärkten die Mieten bei Wiedervermietung nur um 10% im Vergleich zur ortsüblichen Vergleichsmiete steigen dürfen.

Wohnbauexperte in der SZ vom 22.09.14. Er plädiert dafür, bezahlbaren und intelligenten Wohnraum zu schaffen. Das könne nicht allein dem freien Immobilienmarkt überlassen werden. (Aus SZ vom 22.9.2014)

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Pendelst Du noch oder wohnst Du schon hier?	1
„Was ist so schlecht am Mieten?“	2
Inhaltsverzeichnis:	2
Tell me Who?! Tell me When?!	3
Personalbedarfsberechnung (PersBB) 1.1.2015	4
Zur Rolle der „Journallisten“ (Uwe Dick)	4
Steuerhinterziehung - ein Kavaliersdelikt?	6
Blick über den Tellerrand der (Steuer-)Gerechtigkeit	6
Quiz: Zum Stellenwert des Finanzamts	8
Ansprechpersonen der Ver.di-Betriebsgruppe:	9
Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen	9
Buchtipp: Harald Welzer SELBST DENKEN	9



Tell me Who?! Tell me When?!

Wer bearbeitet die Verbindungsdatenbank?

Vor einiger Zeit ist uns der Schreck gewaltig in die Glieder gefahren, als das Landesamt für Steuern angekündigt hat, dass aufgrund der anstehenden Grundsteuerreform eine Datenbank für die Übergabe der Daten zwischen der Finanz- und der Vermessungsverwaltung erstellt und bearbeitet werden müsse. Die Programmierung der Datenbank wurde inzwischen zwar verbessert, aber der Löwenanteil der Eingaben verbleibt bei den Bearbeiter/innen der Bewertungsstellen.

Die Fakten:

- bei insges. 640.000 Akten können rund 1,8 Millionen Datensätze anfallen
- bis März 2016 soll alles erledigt sein.

Für unsere Bewertungsstelle beim Finanzamt München hatten wir ein echtes Horror-



szenario vor Augen: der Landkreis München umfasst 121.062 Flurstücke und außerdem Wohnanlagen, so dass hier mindestens 140.000 Eingabevorgänge erforderlich sind!

Wer soll das ... eingeben?

Die Personalausstattung der Bewertungsstelle liegt noch deutlich unter dem allgemeinen Defizit beim Finanzamt München. Rein statistisch ist die Bewertung mit einem Ist von 47,35 MAK (Mitarbeiterarbeitskräften) gegenüber einem Soll von 77,12 MAK zu 39% unterbesetzt

Nach den Zugängen aus der QE 2 (Qualifizierungsebene 2) zum 1. September sieht es zwar etwas besser aus. Doch angesichts der geplanten Verlagerung nach Höchstätt und weiteren Personalabgängen im I. Halbjahr 2015 steht die Stelle, wie bereits seit Jahren quasi mit dem Rücken zur Wand.

Dieses Dilemma wurde von mir - mit fachlicher Unterstützung des Landesamtes für Steuern - gegenüber der Stufenvertretung ausführlich dargestellt. Auf dieser Basis habe ich dann auch die Einstellung einer ausreichenden Anzahl von Aushilfskräften für die Eingabe der Daten gefordert.

Sowohl der Bezirkspersonalrat München wie auch der Hauptpersonalrat haben die Dringlichkeit meiner Forderung anerkannt und einen Antrag beim Landesamt und beim Finanzministerium eingebracht. Das Anliegen, hier Aushilfskräfte einzusetzen, wurde sofort dankenswerterweise vom Leiter des Finanzamts München, Herrn Szymanski, unterstützt.

Und jetzt die Überraschung!

Unerwartet schnell hat das Ministerium Haushaltsmittel von 500.000 Euro in Aussicht gestellt, die Mittelverteilung erfolgt nach Einheitswert-Signalen. Davon erhält das Finanzamt München 63.000 Euro (...). Das Landesamt für Steuern erklärte sich daneben einverstanden, dass auch DUNAN (Dateneingabeunterstützung im Arbeitnehmerbereich)-Kräfte und andere

Tariffbeschäftigte für die Bewältigung dieser außergewöhnlichen Zusatzaufgabe eingesetzt werden.

Klar, die Dateneingaben werden nicht im Schlaf von der Hand gehen. Neue Aushilfskräfte, ob von DUNAN abgezogen oder befristet eingestellt, müssen vom Fachpersonal ausreichend eingearbeitet werden.

Trotzdem freuen wir uns über die Unterstützung! Es ist gemeinsam gelungen, einen Ausweg aus dem Albtraum zu finden!

Angelica Dullinger

Personalbedarfsberechnung (PersBB) 1.1.2015

Alle drei Jahre wird die Personalbemessung der Steuerverwaltung im Rahmen einer Anhörung erörtert.

Zur diesjährigen Veranstaltung im Mai 2014 in Potsdam wurde auch die Gewerkschaft ver.di eingeladen.

Unsere ver.di Kolleg/innen haben eine engagierte Stellungnahme in einem Umfang von 11 Seiten eingebracht. Mit dem aktuellen Zwischenergebnis, dass die Arbeitsgruppe „Personalbemessung der Steuerverwal-

lung der Länder“ die angesprochenen Themen in weiteren Sitzungen aufgreifen möchte.

Das sich immer schneller ändernde Steuerrecht sowie regelmäßige Aufgabenzuwächse für die Beschäftigten führen zu massiven Problemen, die Zunahme an psychischen Erkrankungen in den Finanzämtern ist besorgniserregend.

Fortsetzung des Themas auf Seite 7

Zur Rolle der „Journallisten“ (Uwe Dick)

oder: Was zwischen den Zeilen zu lesen ist!

Angelica Dullinger ergänzte folgende Presseerklärung (**Text-Ergänzung: farbig-kursiv**)

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
München: Deutschlands größtes Finanzamt erhält Neubau

„Der Bauauftrag ist erteilt: Deutschlands größtes Finanzamt erhält ein neues Zuhause“, kündigte Dr. Markus Söder, Finanzminister, heute in München an. „Alle sechs Münchner Arbeitsstellen

werden in der Deroystraße **im Zeitraum von 20 bis 30 Jahren** zum Steuer-campus München zusammengeführt“, so Söder weiter. Das Finanzamt München ist

mit rund 3.400 Mitarbeitern das größte Finanzamt in Deutschland. Mit 41 Mrd. Euro jährlich erwirtschaftet es 41 Prozent des gesamten bayerischen Steueraufkommens!

„Der Neubau bringt uns schlagkräftigere Strukturen, effizienteren Personaleinsatz und für die Beschäftigten ein modernes ange-

nehmes Arbeitsumfeld“, stellte Söder fest. Der Bauauftrag für den 1. Bauabschnitt mit Kosten von 66 Millionen Euro wurde jetzt der Bauverwaltung erteilt. Im Herbst 2014 sollen

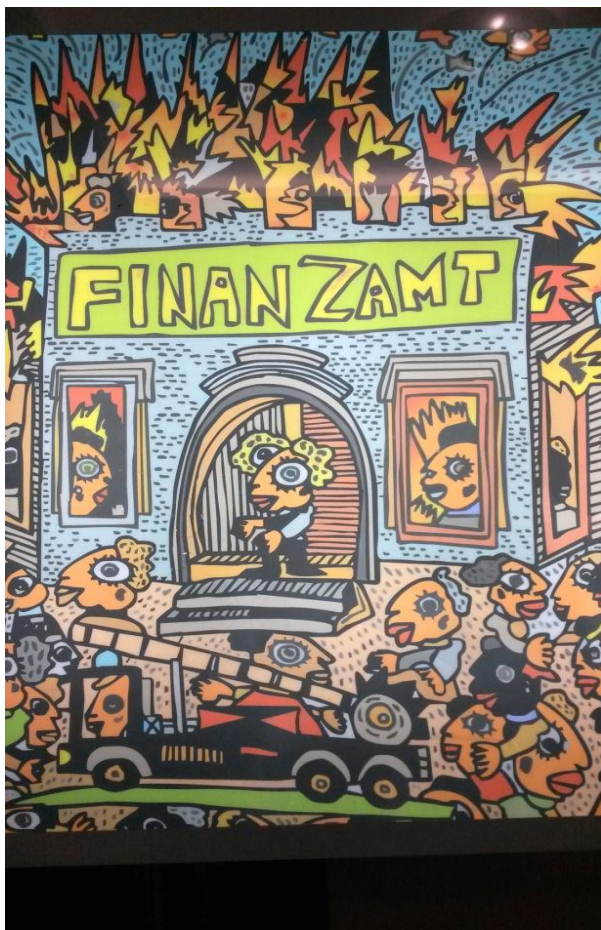
die Arbeiten für den 1. Bauabschnitt des Bauvorhabens beginnen, das ca. 67.800 Quadratmeter Hauptnutzfläche in sechs Bauabschnitten realisieren soll. **Der erste von fünf Bauabschnitten wurde 2008 geplant. Ginge es in dem Tempo weiter, könnte mit der Fertigstellung aller Bauabschnitte um 2050 gerechnet werden.**

Das Münchner Finanzamt hat nicht nur von der Größe her eine einzigartige Sonderstellung in Deutschland. Von den 3.400 Beschäftigten sind 2.800 in München tätig, **wenn die Stellen voll besetzt sind, ca. 400**



Personen fehlen leider noch!, 600 Mitarbeiter/innen leisten ihren Dienst an zwölf ausgelagerten Bearbeitungsstellen an acht Standorten in ganz Südbayern (Deggendorf, Dillingen, Eichstätt, Ingolstadt, Mühldorf, Passau, Straubing und Zwiesel).

Das Finanzamt München entstand zum 1. August 2009, als in einer deutschlandweit einzigartigen organisatorischen Neuordnung erstmals alle Finanzämter einer großen Stadt zu einer Einheit zusammengelegt wurden, **nachdem in den 70er-Jahren zuerst Arbeitnehmer- und §7b-Stellen eingeführt, die regionale in alphabetische Zuständigkeit geändert wurde, in den 80er-Jahren u.a. die Arbeitnehmerstellen vollständig und vor 10 Jahren die Zentralkasse zum großen Teil ausgelagert wurde.**



Fischer-Art, Leipzig

Momentan sind die Beschäftigten noch auf sechs **(sieben)** Standorte verteilt: Deroystraße, Karlstraße, **Katharina-von-Bora-Str.**, Winzererstraße, Prinz-Ludwig-Straße, Seidlstraße und Augustenstraße. Mit der Zusammenfassung der Münchner Arbeitsgebiete wird die Verwertung von hoch-

wertigen, staatseigenen Grundstücken in der Innenstadt möglich. **Hierzu griff 2013 der damalige Staatssekretär Franz Pschierer bei einer Anhörung im Bayerischen Landtag unseren Vorschlag auf, dass die Vergabe im Rahmen eines Erbbaurechtes sinnvoller sei.**

Die Aufgabe von Anmietungen spart zusätzlich erhebliche Kosten.

Ab Herbst 2014 beginnen die Bauarbeiten mit dem ersten Bauabschnitt mit einer Hauptnutzfläche von 11.805 Quadratmetern auf sechs oberirdischen Geschossen. Der durchgehend barrierefrei gestaltete Neubau wird in Passivhausstandard errichtet. Dazu sieht die Planung eine Klinkerfassade mit ca. 20 cm Wärmedämmung, Fenster mit 3-fach-Verglasung und eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnungsgeräten vor. Der Primärheizenergieverbrauch beträgt lediglich 15kWh/(m²a) und damit nur ca. ein Drittel des vorgeschriebenen Wertes der Energieeinsparverordnung von 2009. Hier sollen der gesamte Veranlagungsbereich und die Rechtsbehelfsstelle des Finanzamtes untergebracht werden.

In den weiteren Bauabschnitten sollen insbesondere die Bestandsgebäude auf dem Areal Deroystraße 22, Deroystraße 20 und Deroystraße 18 sowie zuletzt das Servicezentrum abgebrochen - **das unter dem damaligen Finanzminister Dr. Kurt Faltlhauser erst 2003 für ca. 2 Millionen Euro fertiggestellt wurde (als Flachbau und - mitten in München - nicht mehrstöckig!!)** und durch Neubauten ersetzt werden.

Wie von der Stadt München gefordert, sollen auch Freiflächen für das Stadtquartier angelegt werden. Es entsteht eine campusartige Bebauung mit ansprechenden Bürogebäuden und aufgewerteten Grünanlagen. Der Entwurf stammt von den Nürnberger Architekten Bär, Stadelmann, Stöcker, die bei einem Realisierungswettbewerb unter Beteiligung der Landeshauptstadt München mit der WGF Nürnberg Landschaftsarchitekten zum Zuge kamen.

Personalräte und Gewerkschaften wurden nicht bei der Auswahl am Architektenwettbewerb beteiligt. Bei der Bauplanung für den 1. Abschnitt sieht es etwas besser aus, aber ein (aktualisierter) Musterraumbedarfsplan steht noch aus!©

Steuerhinterziehung - ein Kavaliersdelikt?

"Oft sind es die gesellschaftlichen Eliten, die bei der Steuerfahndung auffallen", ist eine Erkenntnis von Werner Stupka, Vorsitzender der ver.di-Fachkommission Steuerverwaltung Bayern.



Werner Stupka Klaus-Dieter Gössel

Der Steuerfahnder Werner Stupka vom Finanzamt Nürnberg wird zu einem Vortrag der ver.di-Betriebsgruppe nach München kommen, Titel: **"Steuern in Deutschland. Die Eliten entziehen sich!"**

Der Termin wird über's AIS (Schwarzes Brett) bekannt gegeben.

Blick über den Tellerrand der (Steuer-)Gerechtigkeit

Ungerecht

- dieses Wort beschreibt sowohl die Vermögensverteilung innerhalb Deutschlands als auch das deutsche Steuersystem am besten. Es gibt zwar hohe Einkommen- und Lohnsteuern - Vermögen wird in der Bundesrepublik Deutschland jedoch kaum besteuert. Die Einnahmen aller Steuern auf Vermögen betragen gerade mal 2,5%. Japan ist mit 15,5% Spitzenreiter, gefolgt von Großbritannien und USA. Dagegen liegt Deutschland bei den Einnahmen aus Vermögenssteuern im Vergleich mit anderen Industriestaaten abgeschlagen auf dem drittletzten Platz.

Gerechter?

Ein erster wichtiger Schritt ist die Senkung der Lohnsteuer. Das entlastet die Lohnabhängig- Beschäftigten, stärkt die Kaufkraft und hat einen positiven Effekt auf die Vermögensverteilung. Gleichzeitig braucht es aber die Einführung von vermögensbasierten Steuern, wie einer nennenswerten Erbschaftssteuer. Im Nachbarland Österreich gibt es hierzu eine Unterschriftenkampagne des Gewerkschaftsbundes (ÖGB) unter:

www.lohnsteuer-runter.at.

Was tut ver.di?

Neben einer einmalig erhobenen Millionärsabgabe macht sich ver.di für eine dauerhaft jährlich zu zahlende Vermögenssteuer stark.



Denkmal König Ludwig I.,
König von Bayern am Odeonsplatz.

Ver.di folgt dem Beispiel „Beharrlich bleiben“!

Sie ist im Grundgesetz vorgesehen und wurde bis 1996 auch erhoben. ver.di schätzt die Einnahmen daraus auf jährlich 20 Milliarden Euro, die den Bundesländern zu Gute kommen würden.

www.verdi.de/themen/wirtschaft-finanzen/zeit-fuer-gerechtigkeit/gerechte-steuer.de

Fortsetzung zur PersBB 1.1.2015:

Bund, Länder, Gemeinden und Landkreise in Deutschland sind angesichts der Schuldenbremse dringend auf höhere Einnahmen angewiesen, wenn sie im öffentlichen Bereich nicht zu noch einschneidenderen Sparmaßnahmen auf dem Rücken der Allgemeinheit gezwungen sein wollen.

In der öffentlichen Debatte wird derzeit der Eindruck erweckt, als würden Steuern nur so in die Kassen sprudeln und als hätten Länder wie Gemeinden Geld im Überfluss bzw. sogar Spielraum für weitere Steuersenkungen. Das ist aktuell nicht der Fall. Mittel für die Erledigung öffentlicher Aufgaben werden ganz dringend benötigt.

Deutschland gehen laut Schätzungen jedes Jahr Steuereinnahmen im Umfang von 150 Mrd. Euro verloren, weil Steuern hinterzogen werden, große Unternehmen ihre Steuerlast klein rechnen können und von der Durchsetzung des geltenden Steuerrechts in weiten Bereichen keine Rede mehr sein kann. Ein verbesserter Steuervollzug ist der zentrale Baustein um Steuerhinterziehung bekämpfen und Steuergerechtigkeit wiederherstellen zu können. Dafür ist eine verbesserte, auf jeden Fall bedarfsgerechte Personalausstattung der Finanzämter zwingend erforderlich.

gen für die sog. Personalbedarfsberechnung (PersBB) und legt bundeseinheitliche Arbeitswerte für einzelne Tätigkeiten in den Bereichen der Finanzämter fest. Diese Berechnung nach den festgelegten Werten dient also dazu, um das seitens der Beschäftigten zu leistende Arbeitsvolumen abzuschätzen.

Am 20. Mai 2014 fand in Potsdam die Anhörung der Gewerkschaften zur bundeseinheitlichen Personalbedarfsberechnung (PersBB) für 2015 statt.

Die ver.di-VertreterInnen betonten in der Anhörung die Bedeutung der Arbeitsgruppe „Personalbemessung“ für die Ermittlung des Arbeitsanfalls in den Finanzämtern. Sie kritisierten diverse Einzelwerte, die zu niedrig angesetzt worden sind. Dazu gehören zu geringe Ansätze für das ELStAM-Verfahren (Elektronische Steuerabzugsmerkmale) und das vollständige Fehlen eines Ansatzes für die Bearbeitung haushaltsnaher Dienstleistungen (§ 35a EStG). Besonders im Festsetzungsbereich wurde ein deutlich zu niedriges Arbeitsvolumen angenommen. Die AG PersBB plant auch dort eine Überarbeitung.

Die steigende Arbeitsbelastung führt zu einem erhöhten Krankenstand. Dieser Entwicklung will die Verwaltung mit Maßnahmen des Gesundheitsmanagements berechtigterweise entgegenwirken. Wenn dazu Gesundheitskoordinatoren eingesetzt werden und während der Arbeitszeit Gelegenheit zu gesundheitsfördernden Maßnahmen gegeben wird, so muss dies auch in der PersBB berücksichtigt werden.

Das gilt selbstverständlich auch für das betriebliche Eingliederungsmanagement. Der Fortbildungsaufwand bei der Einführung von IT-Maßnahmen ist enorm, er wird in der vorliegenden Kalkulation nicht ausreichend berücksichtigt.

Der angenommene Betriebsprüfungsturnus orientiert sich erkennbar weitgehend an der zu geringen Prüferzahl, die sich aufgrund des

langjährigen Personalabbaus in diesem Bereich ergeben hat. Es müsste dafür Sorge getragen werden, dass eine Bandbreite, nach der sich ein Prüfungsturnus von 100



Klaus-Dieter Gössel Sigrid Müller
MR Jürgen West OARin Monika Eusterwiemann
Dieter Fulda Silvia Fischer Alfred Schäftlein ORR Volker Jöpen

Mit der Feststellung des Personalbedarfs für die Finanzämter beschäftigt sich die Bund-Länder Arbeitsgruppe „Personalbemessung für die Steuerverwaltung der Länder“ (AG PersBB). Diese erarbeitet auch die Grundla-

Jahren bei Kleinstbetrieben ergibt, definitiv ausgeschlossen ist.

Die seit 1998 bundesweit festgelegte Zahl von 2.987 SteuerfahnderInnen muss endlich erhöht werden, da sich auch die Zahl der tatsächlichen bzw. der potenziellen Fälle erheblich erhöht hat.

Die wichtigste ver.di-Forderung richtet sich allerdings nicht an die AG Personalbemessung sondern an die Verantwortlichen in der Politik: Die Festlegungen der AG PersBB muss von den Ländern tatsächlich umgesetzt werden!

Es kann einfach nicht sein, dass die Bundesländer eine Arbeitsgruppe für die Personalbemessung in den Finanzämtern einrichten, ihre VertreterInnen in die AG entsenden, diese arbeiten und Ergebnisse festschreiben lässt und diese dann, trotz durchgängig restriktiv berechneter Grundlagen, im Stadium der Umsetzung bewusst ignorieren.

In der Regel stellen die Länder nicht genügend Haushaltsmittel für eine bedarfsgerechte Personalausstattung zur Verfügung. Auf den ermittelten Personalbedarf wird z.B. ein sogenannter Entbehrfaktor ange-

wendet, der zwischen den einzelnen Ländern schwankt und zum Teil bei deutlich über 10 % liegt. Das bedeutet, dass die Steuerverwaltung planmäßig mit weniger Personal ausgestattet wird, als die Bedarfsermittlung ergeben hat.

Und zur Krönung des Ganzen – gerade in den wirtschaftlich stärksten Ländern – noch nicht einmal alle im Haushalt vorgesehenen Stellen besetzt. Der Bayerische Oberste Rechnungshof hat dies vor kurzem erneut scharf kritisiert.

Das Einsparen von Personal in den Finanzämtern unterhalb des von der Verwaltung selbst errechneten Personalbedarfs ist ein unsäglicher Skandal.

Die Länder sorgen bewusst für ungenügende Personalausstattung in der Steuerverwaltung.

Sie belasten damit nicht „nur“ die dort Beschäftigten, sie verhindern damit erst recht die umfassende Bekämpfung von Steuerhinterziehung, ein Mehr an Steuergerechtigkeit und eine Steigerung der Steuereinnahmen, die allen Bürgerinnen und Bürgern bessere öffentliche Leistungen ermöglichen.

Quiz: Zum Stellenwert des Finanzamts

Von welcher Person stammt diese Aussage?

Zitat: "Die Finanzverwaltung darf doch nicht der Arsch der Welt sein!"

Zur Auswahl stehen:

- a) Werner Stupka, Steuerfahnder Finanzamt Nürnberg-Süd
- b) Angelica Dullinger, Personalratsvorsitzende Finanzamt München Abt. Körperschaften
- c) Dr. Markus Söder, Bayerischer Finanzminister

Bitte die richtige Person (Buchstabe oder Name) mit Angabe Deines Namens und der jeweiligen Abteilung beim Finanzamt München

bis zum 05.11.2014

an die ver.di-Redaktion mailen: www.verdi-finanzamt.de.

Für die richtige Antwort verlost die ver.di-Betriebsgruppe je eine Frisbeescheibe an drei Personen.

Die Auflösung erfolgt im nächsten Wecker.

Ansprechpersonen der Ver.di-Betriebsgruppe:

Angelica Dullinger	Abt. KöSt	Tel. - 7144
Martin Heitzer	Abt. KöSt	Tel. - 1175
Martina Kaltenhauser	Abt. I	Tel. - 1672
Norbert Reitberger	Abt. Erhebung	Tel. - 8151
Michaela Sauerwein	Abt. KöSt	Tel. - 1158
Wolfgang Untergehrer	Abt. KöSt	Tel. - 1166

Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen

Das war der Sommer 1984: Wochenlange Streiks der IG Metall, über 500 000 ausgesperrte Arbeitnehmer/innen und unzählige Aktionen der DGB-Gewerkschaften, auch unter Beteiligung von Beamt/innen! Diese Arbeitskämpfe zählen zu den längsten und härtesten der bundesdeutschen Tarifgeschichte.

Darüber gibt es jetzt ein Video, das die vielen kreativen Aktionen im Arbeitskampf und die große Solidarität mit den Streikenden und Ausgesperrten zeigt. Am Ende erfolgreich, der erste Schritt zur 35-Stunden-Woche war geschafft.

www.bit.ly/35-Std-Woche oder
www.youtube.de

Buchtipp: Harald Welzer SELBST DENKEN

Eine Anleitung zum Widerstand

"Früher war Zukunft ein Versprechen, dass alles besser wird. Doch heute ist klar, dass es nicht weitergehen kann wie bisher."

Harald Welzer analysiert schonungslos die gegenwärtige Lage: ein expandierender Konsum verzehrt alle Ressourcen, die Bürger/innen sind politisch gelähmt. Das muss anders werden.

Wir müssen uns wieder ernst nehmen und selbst denken! Harald Welzer zeigt uns wie. Damit die Zukunft keine Bedrohung ist, sondern wieder Versprechen wird." Soweit der Klappentext.

Im Buch wird's konkreter: So hat Christian Felber einen Index für gemeinwohlorientierte Unternehmen entwickelt.

Der Unternehmenserfolg wird nicht monetär, sondern über die Zukunftsfähigkeit des zugrundeliegenden Unternehmensmodells entwickelt.

Dieser radikalen Umkehrung des privatwirtschaftlichen Unternehmenszwecks sind in zwei Jahren fast 800 Unternehmen, mehr als 2.500 Privatpersonen und fast 150 Organisationen und Vereine gefolgt.

Darunter findet sich zum Beispiel auch die Sparda-Bank München mit 700 Beschäftigten.

Und jede/r Einzelne von uns hat ebenso die Wahl...

Das Taschenbuch ist beim Verlag Fischer erschienen und für 10,30 € zu erwerben.

PS:

Ganz ehrlich:

Wir freuen uns über jede sanierte und modernisierte Toilette.

Aber:

Denkt vielleicht irgendwer auch mal daran, dass unsere "Kundinnen und Kunden" und manchmal sogar die Kolleg/innen ihre Babys mitbringen und versorgen müssen?



Redaktion:

Angelica Dullinger
Norbert Reitberger

Wolfgang Untergehrer
Michaela Sauerwein

Martin Heitzer
Markus Eisele

Dieter Weiß

V.i.S.d.P.: ver.di Bezirksverwaltung München, Wolfgang Lubrich, Schwanthalerstr. 64, 80336 München



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Ich möchte Mitglied werden ab _____
Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname _____ Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Land (nur bei Wohnsitz im Ausland) _____

Telefon (privat/dienstlich) _____

E-Mail _____

Geburtsdatum _____ Krankenkasse _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich / männlich

Beschäftigungsdaten

- Arbeiter/in
- Beamter/in
- Selbstständige/r
- Angestellte/r
- DO-Angestellte/r
- freie Mitarbeiter/in

- Vollzeit
- Teilzeit _____ Anzahl Wochenst.
- Arbeitslos
- Wehr-/Zivildienst bis _____
- Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____
- Schüler/in-Student/in bis _____
- Praktikant/in bis _____
- Altersteilzeit bis _____
- Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer _____

Branche _____ ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in
Ingenieur/in

Werber/in:
Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

Ich war Mitglied
der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft, den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren bzw. im Gehalts-/Lohnabzug

- monatlich
- halbjährlich
- vierteljährlich
- jährlich

einzuziehen.

Name des Geldinstituts, in Filiale _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers _____

Datum/Unterschrift des Kontoinhabers _____

Tarifvertrag _____

Tariff. Lohn- bzw. Gehaltsgruppe
lt. Tarifvertrag _____

Tätigkeits-/Berufsjahr _____

Bruttoeinkommen _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach §14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5 % des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt Euro 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag Euro 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datum _____ Unterschrift _____

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.